

Gebrauchtwagenhandel – Ladenhüter E-Autos: „so gut wie unverkäuflich“

geschrieben von Admin | 19. Juli 2024

Eine Umfrage zeigt: Autohändler nehmen keine gebrauchten Elektroautos mehr in Zahlung. Sie seien „so gut wie unverkäuflich“. Um diese Fahrzeuge überhaupt vom Hof zu bekommen, müssen die Verkäufer hohe Rabatte gewähren.

Von Holger Douglas

Elektroautos entwickeln sich immer mehr zu Ladenhütern. Jetzt stellt sich heraus, dass die meisten Autohändler auch keine gebrauchten E-Autos mehr in Zahlung nehmen. Das hatte eine Umfrage des Branchenmagazins „Kfz-Betrieb“ vor einer Woche ergeben. Danach nehmen 68,7 Prozent und damit mehr als zwei Drittel der Autohändler keine gebrauchten Elektroautos in Zahlung. Für 51,1 Prozent der Befragten sind gebrauchte Elektroautos derzeit gar „so gut wie unverkäuflich“.

Um diese Fahrzeuge überhaupt vom Hof zu bekommen, müssen die Verkäufer satte Rabatte gewähren. Im Schnitt seien es 27 Prozent vom ursprünglich geplanten Verkaufspreis, wie jetzt der *Focus* berichtet.

Schlechte man die Umfrageergebnisse weiter auf, geben im Juni 2024 exakt 80,2 Prozent der Händler an, beim Verkauf von gebrauchten BEVs rote Zahlen zu schreiben. 61,1 Prozent der Autohäuser geben an, „hohe Verluste“ zu machen und immerhin 19,1 Prozent sprechen von „leichten Verlusten“.

Der *Focus* ergänzt noch einen Test des ADAC. Danach wurden drei Automodelle auf verschiedenen Ankauf-Plattformen angeboten. Während Benzin- und Diesel-PKW über dem Schätzwert verkauft werden konnten, gaben für die Stromer viele Plattformen nicht einmal ein Angebot ab – und wenn, dann nur eines deutlich unter Schätzwert.

Wer sich ein kleines Elektroauto kauft, wird es nicht mehr los, berichtete „Kfz-Betrieb“. Die Restwerte auch von kleinen E-Autos wie für Jeep Avenger PEV, MG ZS EV, Smart #1 und Co. seien „enttäuschend“. Laut Schwacke liege der Restwert eines drei Jahre alten kleinen elektrisch betriebenen SUV nur noch bei 51,5 Prozent.

Dies, obwohl es noch relativ wenige gebrauchte Elektroautos auf dem Markt gibt. Dies sollte eigentlich für bessere Preise sorgen. Wie gesagt: Kaum jemand will sie ... Das Interesse an sogenannten „jungen“ E-Modellen, die nicht älter als ein Jahr sind, soll allerdings wachsen, wie die Deutsche Automobil Treuhand (DAT) laut Anfrage von *Focus Online* wissen will. Ältere E-Modelle würden unter „hohem

Innovationsdruck“ leiden, so die Ausredeversuche, den Misserfolg zu erklären.

Doch es sieht ganz danach aus, dass die sogenannte „E-Mobilität“ an den Grenzen von der Ideologie zur Realität scheitert. Die Autohersteller produzieren die E-Autos für Halden; sie müssen dies auch tun, um den sogenannten „Flottenwert“ einzuhalten. Für den zählen jedoch nur die tatsächlich verkauften E-Autos.

Auch die zugehörigen Infrastrukturprojekte scheitern offensichtlich. Das groß angekündigte Batteriewerk des schwedischen Herstellers in Dithmarschen hat gute Chancen, zu einer Investitionsruine zu werden.

Im Augenblick häufen sich die negativen Schlagzeilen bei Northvolt; der Hersteller kämpft mit Problemen, BMW hat laut Medienberichten seine Bestellung von Batteriezellen zurückgezogen. Der Geschäftsführer des schwedischen Unternehmens hatte schon angekündigt, den „Zeitplan des internationalen Wachstums“ zu überdenken. Immerhin halten BMW und Volkswagen große Anteile an dem Unternehmen, das von ehemaligen Tesla-Managern gegründet wurde. Die *Tagesschau* wusste, dass sich Europa damit „nämlich eine Schlüsseltechnologie zur grünen Transformation“ sichert: „Der Technologiestandort Europa wird gestärkt.“

Die Fabrik sollte mit Windstrom „grün“ versorgt werden. In den vergangenen Wochen hätte allerdings die Produktion stehen müssen: kaum Wind. Das Land und Habeck verpulvern 900 Millionen Euro an Steuergeldern für die Fabrik.

Für eine Handvoll Bilder tun Scholz und Habeck zwar alles, fahren selbst an die Nordseeküste, um in der Einöde mit dem Wurfspiel „Bosseln“ statt obligatorischem Spaten in der Hand den Baubeginn einer Batteriefabrik zu feiern. Wie es dort ein paar Wochen später aussieht, interessiert sie nicht mehr sonderlich. Bisher verkünden grüne Landespolitiker in Schleswig-Holstein standhaft Durchhalteparolen. Man dürfe sich von Nachrichten nicht zu schnell irritieren lassen. Man ersetze „Nachrichten“ durch „Realität“.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier